

Personenfreizügigkeit in einer dramatischen Wirtschaftskrise

Zuerst möchte ich den Leserinnen und Lesern des Stadtanzeigers herzlich danken für die zahlreichen positiven Reaktion auf meinen letzten Artikel zum Thema Personenfreizügigkeit. Dies hat mir klar gezeigt, dass das Thema Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien viele Menschen beschäftigt und zu Recht auch verunsichert.

Doch was bedeutet oder bedeutete die bisherige Personenfreizügigkeit wirklich: sie bedeutete, dass die Schweiz in Zeiten der Hochkonjunktur und der boomenden Märkte der letzten drei bis vier Jahre in der Schweiz nicht verfügbare Arbeitskräfte und Spezialisten ohne gravierende administrative Hindernisse schnell in unseren Arbeitsmarkt integrieren konnte. Doch die Schweiz konnte und kann immer so viele Fachkräfte einreisen lassen wie sie will. Aber so lange wir dies über Kontingente regeln, haben wir und nicht die EU die Schalthebel in den Händen. Wieso müssen wir denn diese Steuerungssouveränität freiwillig und ohne wirkliche Not aus den Händen geben. Bei der Frage der Personenfreizügigkeit geht es also keineswegs um Sein oder Nichtsein der Schweiz. Bei einem Nein des Stimmvolkes würde der Bundesrat die Bilateralen 1 sicher niemals kündigen. Dies ist völliger Mumpitz! Er müsste das Packet nur aufschnüren und nochmals getrennt vorlegen.

Seit die Freizügigkeit mit den „alten“ EU-15-Staaten (seit Juni 2007) Wirklichkeit wurde, ist, um konkret zu werden, die Zuwanderung an deutschen Arbeitskräften im Kanton Zürich geradezu explodiert. Originalzitate Tagesanzeiger vom 20. November 2008: „Zahl deutscher Zuwanderer im Kanton Zürich bricht alle Rekorde“ oder „Der Zustrom von Deutschen beschleunigt sich massiv“! Konkreter: Allein im Zeitraum von August 2007 bis August 2008 sind laut dem Bundesamt für Migration in Bern 14'332 Deutsche in unseren Kanton eingewandert. Dies entspricht etwa der Einwohnerzahl der Stadt Opfikon! Dies sind Tatsachen, liebe Leserinnen und Leser, und keine SVP-Erfindungen. Und was eine solche Personenzahl an Infrastrukturen beansprucht und welche Kosten für die öffentliche Hand damit verbunden sind, muss ich wohl insbesondere allen in Opfikon politisch aktiven Menschen nicht näher erläutern.

Aufmerksame Leserinnen und Leser konnten der Sonntagspresse vom letzten Wochenende entnehmen, dass momentan „nur die Krise ganze Arbeit leistet“. Bereits müssen mehr Angestellte Kurzarbeit leisten als auf dem Höhepunkt der letzten Rezession! Selbst für krisenerprobte Gewerkschafter wie Beda Moor von der UNIA ist neu, mit welchem Tempo es zum Einbruch kam. Und die Finanzkrise löste bekanntlich eine

Abwärtsspirale, auch in der Realwirtschaft aus, die sich immer rasanter dreht! Und Bernhard Neidhart, Chef des Zuger Amtes für Wirtschaft und Arbeit hält trocken fest: „Im November 2009 machte es peng, und im Dezember wieder“. Ein Umkehrtrend ist nirgendwo auszumachen. Im Januar 2009 stiegen die Zahlen weiter stark an. Inzwischen arbeiten landesweit rund 1'500 Firmen kurz! Mit 38'000 Menschen erreicht die Zahl der Kurzarbeitenden einen Wert, wie ihn unser Land noch nie sah!

Und alles wurde ausgelöst durch gierige und geldgeile Finanzakrobaten. Doch in einem weltweiten System, in welchem das Bruttoinlandprodukt (die effektive Wertschöpfung der Wirtschaft) rund 54 Billionen Dollar beträgt und der Wert aller Geldanlagen in kurzer Zeit auf 150 Billionen explodierte, muss man sich wirklich nicht wundern, wenn's knallt.

Doch das Feuerwerk geht munter weiter: Im Oktober des vergangenen Jahres musste die UBS in die Notfallstation des Bundes eingeliefert werden. Schrott für 60 Milliarden lagert nun im Bundestresor. Vermutlich auf ewig. Die Kosten dieser Operation betragen 6 Milliarden. Und genau diese noble Bank will ihren Mitarbeitenden, wie der letzten Sonntagspresse zu entnehmen war, trotzdem wieder 2 Milliarden Bonus zahlen. Wie kann man aus einer leeren Kasse einen Bonus zahlen? Der Verlust wird einfach nochmals vergrößert. Auch wenn die UBS momentan knapp ausser Lebensgefahr ist, sie legt immer noch auf der Intensivstation. Und sollte es die UBS allenfalls nochmals wagen, einen Bittgang nach Bern zu unternehmen, dann brennen wohl die Bäume am Paradeplatz und anderswo endgültig. Weitere Hiobsbotschaft: der Aktienkurs der Swiss Re ist vergangene Woche dramatisch um über 40% eingebrochen. Verwaltungsratspräsident Walter Kielholz (er mischelte auch bei der CS wacker mit) und sein sehr umstrittener CEO Jacques Aigrain verkünden weiterhin tapfer ihr Schönwetterprogramm und Durchhalteparolen. Der Weltruf von Swiss Re ist jedenfalls nach meiner Einschätzung zerstört. Ein einstiges Flaggschiff unseres Finanzplatzes, ein Inbegriff von Solidität und Vertrauen ist ins Taumeln geraten.

Und bei dieser mehr als ungemütlichen Wirtschaftslage greifen Bundesrätinnen in den Wahlkampf um die Personenfreizügigkeit ein und setzen beispielsweise Rumänien und Bulgarien mit unseren Kantonen gleich! Staatskunde zur Auffrischung für unsere Ministerinnen: Die EU ist kein Bundesstaat wie die Schweiz, die EU hat keine Verfassung wie die Schweiz, die EU erlaubt keine Abstimmungen wie die Schweiz, die EU hat keine gewählte Regierung und Richter und kein gesetzgebendes Parlament wie die Schweiz.

Müssen wir denn wirklich in einer schon heute fast dramatischen wirtschaftlichen Situation die Schleusen vollends öffnen. Viele bei uns seit ein bis zwei Jahren tätige ausländische Arbeitskräfte hängen nämlich schon am Topf der Arbeitslosenversicherung. Regionale Arbeitsvermittlungszentren RAV rufen bereits nach personeller Aufstockung, die kantonalen Steuerbehörden stecken ob all den Doppelbesteuerungsabkommen und der damit verbundenen Administration bereits vollend im Sumpf. Auch sie fordern mehr Personal.

Wir brauchen Bulgarien und Rumänien wirklich nicht im Sinne der Personenfreizügigkeit. Unser Sozialstaat gerät vollends aus den Fugen. Der Staatsapparat wächst an allen Fronten. Und die damit verbundenen Kosten sowieso. Und selbstverständlich: auch die Steuern werden auf allen Ebenen mit Sicherheit steigen! Schnallen wir den Gürtel vorsichtshalber mal etwas enger.

NEIN zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien.

Beatrix Jud, Opfikon
Gemeinderätin SVP